

DEUTSCHLAND

Die Reaktion

Wer weiß, was dann ist

Das Ob der Demontage stehe außer Zweifel, und nur das Wie stehe noch zur Diskussion. Mit einer Eindeutigkeit, die nach Ansicht der Hamburger „Zeit“ „schwerlich die Einleitung eines Gespräches sein kann“, erklärte General Robertson dies den Deutschen.

Als acht der vierzehn Tage verstrichen waren, die man den deutschen Ministerpräsidenten für ihre Einsprüche gegen den Abbau bestimmter Werke und ihre Vorschläge für einen Austausch bewilligt hatte, hatten sie sich gerade auf eine sechspunktige Resolution geeinigt. In die verbleibende Woche weist programmatisch der Beschluß, die weitere Prüfung der Demontagelisten werde durch den Zwei-Zonen-Wirtschaftsdirektor Semler zusammen mit den Wirtschafts- und Arbeitsministern vorgenommen. Im übrigen ist die Resolution weder ein Protest noch ein Anerkenntnis: Die Deutschen werden zur Besonnenheit ermahnt, die Alliierten auf die Einseitigkeit ihres Handelns hingewiesen.

Im Saal des Taunushotels von Wiesbaden waren, Ministerpräsidenten der Bi-Länder mit ihren Wirtschafts- und Arbeitsministern und den Herren des Exekutivrats zusammengekommen, um die deutsche Haltung zur Demontage zu umreißen. Im Verlauf ihrer Konferenz bezeichneten sie ihr meeting plötzlich nur noch als Vorkonferenz. (Nach Schätzung eines Finanzministers kostete es 15 000 l. Spirit.)

Die Anregung zur Konferenz war von Arnold, Nordrhein-Westfalens christlichem Gewerkschaftspremier, ausgegangen, dessen Land die größte Einbuße verzeichnet.

Zur Vorbereitung der Vorkonferenz trafen am Dienstag im Höchster I.G.-Haus die Wirtschaftsminister zu einer streng geheimen Sitzung zusammen. Hinter den geschlossenen Türen herrschte völlige Einmütigkeit. Die sozialdemokratischen Minister harmonisierten besser als es anfangs schien mit dem CDU-Wirtschaftsdirektor Semler. Es ergab sich, daß scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschen und Alliierten über die Betriebskapazität bestehen, die der Demontageliste zugrunde gelegt wurde.

Dr. Magnus aus dem hessischen Wirtschaftsministerium, der für Dr. Harald Koch erschienen war, ließ die Kollegen aufhorchen. „Wir stehen uns mit unserer amerikanischen Regierung sehr gut“, sagte er. „Unsere Amerikaner haben erklärt, daß wir ja weiterarbeiten könnten. Wir fragen: Aber wie lange noch. Da meinten sie, ein bis zwei Jahre. Und dann? fragten wir. Na, was in zwei Jahren ist, weiß man heute noch nicht.“

Man wollte den gleichen Vorhang des Schweigens, der über der Wirtschaftsministertagung hing, auch vor der Konferenz der Ministerpräsidenten zuziehen. Vier Kriminalbeamte waren eigens angestellt



Die Liste

Robertson läßt keine Wahl

worden, die Konferenzräume, vor der Presse zu schützen.

„Was, Ihr steht hier draußen“, erstaunte sich Hessens Staatssekretär Brill. Nach einer halben Stunde machte sein Ministerpräsident Stock die Konferenz öffentlich. Die Presse erschien zu den Referaten von Brauer und Semler.

Brauer erhielt das Wort. Aber der grauhaarige Hamburger Bürgermeister war nicht aufzufinden. „Er schreibt noch an seiner Rede“, sagte Dr. Suchan vom Exekutivrat leise zu seinem Nachbarn.

Als Brauer nach fünf Minuten mit rotem Kopf in den Saal kam und sich zwischen den Stühlen wand, hielt er das frischgetippte Manuskript in der Hand.

Er las mit erhobener, vor Aufregung stockender Stimme und schlug vor, keine großen Resolutionen zu fassen, sondern im stummer Trauer das unabwendbare Schicksal zu tragen. Nachher wurde von der Pressestelle der hessischen Landesregierung eine Brauer-Rede verteilt, die er nie gehalten hatte.

Während sich die Zeitungsleute wieder aus dem Saal drängten, setzten sich die Ministerpräsidenten mit ihren Exekutivratsvertretern zusammen. Vor ihnen lag eine Reihe von Resolutionsvorschlägen, einer von Niedersachsens Kopf, ein anderer von Arnold, der von Bürgermeister Brauer und der Vorschlag der Wirtschaftsminister, der in der Höchster Einigkeit verfaßt worden war.

Beim Mittagessen lagen zwischen den Weingläsern die blauen Bogen mit den Resolutionsvorschlägen. Sie wurden sogar besprochen. Doch mit der schönen Einmütigkeit des Vortages war es vorbei. „Ich möchte auf jeden Fall verhindern, daß der Entschluß der Wirtschaftsminister torpediert wird“, sagte der niedersächsische Wirtschaftsminister Kubel. „Ich würde bedauern, wenn Länderinteressen die bizonale Lösung beeinflussen, die wir ausgearbeitet haben.“

Nach dem Mittagessen wurde ein Ausschuß gebildet und mit der Abfassung eines letzten Entwurfs betraut: Stock, Lüdemann, Kubel, Koch, Nöting, Arnold.

Die Ministerpräsidenten berieten dann ohne Zeugen über den vorgelegten Entwurf. Die Schwierigkeit des Unternehmens war klar: Es galt, die Alliierten nicht vor den Kopf zu stoßen und gleichwohl vor dem Volk nicht als Erfüllungspolitiker dazustehen. Doch alles ging schnell. Stock kam heraus, las die Erklärung vor, und alles war zu Ende.

Die Presse war mit ihren Protesten weniger zurückhaltend, und vom „nervenererschütternden Schlag für die deutsche Wirtschaft“ bis zur „kalten Berechnung unter dem Gesichtspunkt der Ausschaltung künftiger deutscher Industrie-Konkurrenz“ werden volltönende Akkorde angeschlagen. Die alliierten Erklärungen hingegen kranken nach der „Zeit“ daran, „daß sie möglichen deutschen Gegenargumenten im voraus eine ungünstige moralische Zensur erteilen“. „Hier stehen wir“ — auch dies ist ein „Zeit“-Zitat — „wie so oft vor dem Widerspruch, daß die Besatzungsmächte gleichzeitig eine absolute Be-

fehlsgewalt über Deutschland und eine Demokratie in Deutschland wollen.“

Allerdings ist es keineswegs so, daß auf deutscher Seite nur animose Kritik, auf alliierter Seite nur vorbehaltlose Billigung des 681-Werke-Planes festzustellen wäre. Beide Lager begegnen sich, wenn sie nach der Möglichkeit einer Synthese zwischen einem demontierten Deutschland und einem Marshall-Europa fragen. Sie überschneiden sich, wenn die links-radikale englische „Tribune“ von der „Geburtsstunde eines deutschen Nationalismus“ als psychologisch erklärbarer Folge der Demontagen spricht, während die „Hamburger Allgemeine“ die Demontageliste als Festlegung der Grundlage, auf der nun endlich der Neubau der deutschen Wirtschaft begonnen werden kann, begrüßt, allerdings unter der Voraussetzung, „daß nun eine Rechtssicherheit besteht.“

Wenn der Zonenbeirats-Vorsitzende Henßler aus Dortmund und der Präsident des Frankfurter Exekutivrats Karl Spiecker die Demontage „unter dem Gesichtspunkt Europas betrachten“ und sie dabei „nicht nur wirtschafts-, sondern auch europafeindlich“ finden, so enthebt sie Lord Straboli, ein Peer aus dem englischen Oberhaus, des Verdachts, nur pro domo zu sprechen, wenn er sagt, der Zustand Europas sei derart, daß England sich die Durchführung der Demontagepolitik nicht leisten könne.

Auch andere Stimmen weisen auf die Folgen der Trennung von Maschine und Arbeiter und auf Kosten und Zeitverluste bei Demontage und Remontage hin und betonen, daß in einem Marshall-Europa ohnehin gleichgültig sei, wo eine Maschine steht, wenn sie nur produziert.

Als positives Faktum der Demontagelisten nennt der Leiter der Reparationsabteilung in der britischen Kontrollkommission, G. S. Witham, die schnelle und maßvolle Regelung der Reparationsfrage für die Bizone im Gegensatz zu der langandauernden und psychologisch lähmenden von 1919 bis 1932. Demgegenüber fordert der Berliner „Kurier“, man solle Deutschland Gelegenheit geben, Reparationen durch Arbeit zu bezahlen.

Heraldische Kehrseiten

Hessen ist gewappnet

Hessen hat wieder ein Staatswappen. Das Kabinett beschloß endgültig, den rot-weißen Löwen auf blauem Grund des Weimarer Volksstaates Hessen zu übernehmen.

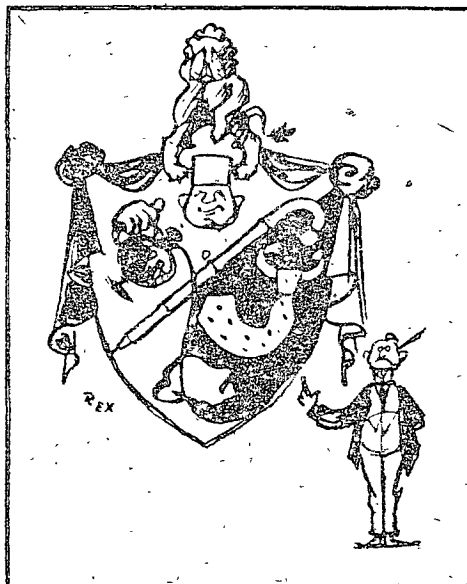
Dessen Neuauflage „Groß-Hessen“ proklamierte General Eisenhower vor zwei Jahren. „Groß“, weil er die vielen historischen „Klein-Hessen“ zusammenfaßte. Das „Groß“ fiel jedoch bald der Erinnerung an „Großdeutschland“ zum Opfer.

Das geschlossene Staatsgefüge blieb. Hessen bekam eine Regierung und ein Parlament. Es fehle nur noch ein Wappen, meinte Ministerpräsident Christian Stock im Frühjahr.

Kultusminister Stein schrieb im März einen Wettbewerb aus. Jeder Deutsche durfte mitmachen, soweit er kein Nazi war. Als Preise lockten je einmal 1500, 1000 und 500 Mark. Der Phantasie der Bewerber waren keine Grenzen gesetzt, nur dynastische oder militaristische Symbole waren nach den Teilnahmebedingungen ausgeschlossen.

Drei Tage vor dem letzten Termin, am 26. April, griff der „Wiesbadener Kurier“ in den Wettbewerb ein.

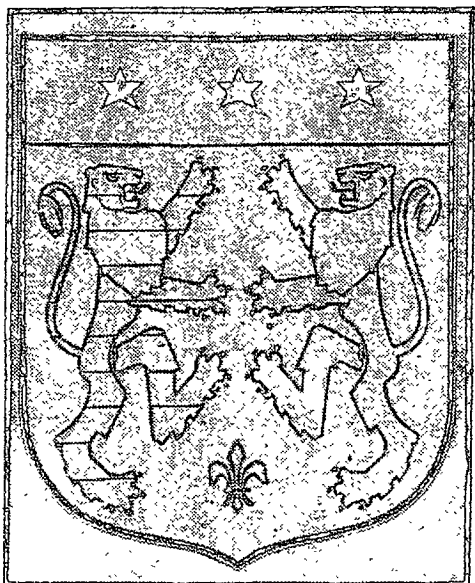
„So zieh'n wir über Stock und Stein,
Mit Zinnkann, Binder und 'nem Koch
In diese Weltgeschichte ein.
Vielleicht gibt es 'nen Trostpreis noch!“



Ein Ulk — Heraldische Späße
über Stock und Stein

stand unter einer Karikatur, mit der sich Wiesbadens scharfante Zeichnerin Regina May auf das politische Glatteis begeben hatte. In Hessen lassen sich nämlich die Namen der meisten Kabinettsmitglieder gegenständlich darstellen. Und die Wiesbadener merkten bald, daß mit dem Spazierstock in der Mitte des „Kurier“-Wappens Ministerpräsident Stock, mit dem weißbemützten Koch unter dem verhungerten Löwen Wirtschaftsminister Koch, mit dessen rundlicher Zinnkanne Innenminister Zinnkann, mit dem Stein ganz unten Kultusminister Stein und endlich mit der punktierten Krawatte Sonderminister Binder gemeint waren.

In der Staatskanzlei an der Bierstädter Straße war man darüber nicht wenig böse. Dr. Hermann Brill, Hessens temperamentvoller und auf dem Wappen vergessener Staatssekretär, drückte dem „Wiesbadener Kurier“ im Auftrage des „Spazierstocks“ das Befremden der Staatsregierung über die Karikatur aus. „Die Schaffung eines Staatswappens ist keinesfalls eine gedankenlose Spielerei“, schrieb er. Für das aus mehreren historischen Staatsteilen zusammengesetzte Land Hessen brauche man neue Stempel, Siegel, Amtsschilder usw.,



Kein Ulk — Der Zweikampf
der hessischen Löwen wurde verworfen

und dazu sei erst einmal ein ordentliches Staatswappen nötig.

Die Zeitung aber hatte schon vor Empfang dieser Rüge eine Antwort an einige hessische Patrioten abgedruckt, die sich getroffen fühlten. „Wir haben die Humorlosigkeit unserer Mitbürger unterschätzt“, schrieb sie und empfahl den Beleidigten, sich einmal die Karikaturen ausländischer Zeitungen vergleichend anzusehen. Diese Antwort ging auch mit einem Begleitbrief an die Staatskanzlei.

Indessen sichtete die Jury im Kultusministerium die eingegangenen Entwürfe. „Es war alles dabei!“ erzählte später einer der Preisträger, „Bauernhäuser, für Prospekte geeignet, Kornähren in Bündeln — wie Reklame für eine Haferflockenfabrik, Industrie-Räder, Weintrauben — alles war entweder Reklame oder zweideutig.“

„Drei Preise und doch kein Wappen“, stand am 6. Juni in der Zeitung. Der Frankfurter Bildhauer Adolf Jäger hatte sich den ersten Preis geholt mit einem rot-weiß gestreiften Löwen auf blauem Untergrund und einer (dennoch) goldenen Krone über dem Schild. Den dritten Preis von fünfhundert Mark bekam der zwanzigjährige Winfried Schaaf. Doch keiner der Entwürfe stellte die Richter zufrieden.

Dr. Korn, Staatsarchiv-Heraldiker aus Detmold, gab Verbesserungsvorschläge und die Staatskasse weitere tausend Mark für jeden der drei Preisträger. Die beiden ersten brachten die alten Sachen verbessert wieder. Nur der Zwanzigjährige wartete mit zwei neuen Ideen auf. Ein geviertertes Wappen versah er mit vielerlei Symbolen, und auf das andere setzte er den hessischen und den nassauischen Löwen gemeinsam als Zeichen der großhessischen Einheit. Spötter behaupteten, die beiden Leue im Wappen schlugen sich. Und wenn man sie umgedreht hätte, wäre es möglicherweise symbolisch gedeutet worden, daß sie sich ihre Kehrseite zuwenden.

Das Kabinett entschied sich darum für den alten Hessen-Löwen. Sein Schild trägt zwar eine Krone, aber es ist eine Volkskrone.

Dann ist die Katastrophe da

Rheinschiffer-Sorgen

Normalerweise spült der Rhein 2,10 m hoch um den Fuß des Loreley-Felsens. Augenblicklich ist er dort nur 65 cm tief. „Es wird eine Katastrophe geben, wenn der Winter in diesem Jahre früh eintritt“, schrieb Jupp Schwarz an die Baseler Rhein-Schiffahrts-AG, Jupp Schwarz, Inhaber der Firma Heinrich-Schwarz, Schiffahrtsvertretungen, St. Goar. Mittelgroß, mit durchdringenden Augen und buschigen Augenbrauen, ist der „Schwarze Jupp“ immer auf den Beinen. Sorgenfalten zerfurchen sein wettergebräuntes Gesicht. Der Rhein-Wasser-Mangel hat das Geschäft ruiniert.

Selbst wenn der Schwarze Jupp an seinem Schreibtisch sitzt und gleichzeitig auf zwei verschiedenen Leitungen telefoniert, hat er sein Fernglas neben sich liegen. Früher konnte er von seinem Kontorfenster aus die Schiffe auf dem Rhein vorbeifahren sehen. Jetzt sieht er höchstens die Schornsteinspitzen der Schleppdampfer über der Uferböschung, wenn überhaupt mal etwas vorbeikommt. Der Wasserspiegel ist hier 2,5 m niedriger als gewöhnlich. *)

*) Am 19. Oktober zeigte der Pegel von Caub 0,53 m. Der bisher niedrigste Pegelstand wurde 1921 mit 0,55 m registriert. Damals war das Niedrigwasser-Problem nicht so brennend, weil die Flußsohle unbeschädigt war. Heute gefährden Feustrümmen und der durch Bombentreffer aufgewühlte Grund die Schiffsleiber, und Kräne für Leichterungen fehlen.